

Stellungnahme Haushaltsplan Visbek 2021

- Risiken der Klimakrise, Umweltkrise und Corona-Pandemie

Der Haushaltsplan der Gemeinde Visbek hat mit den Haushaltplänen der EU, der BRD, des Land Niedersachsen und des Landkreis Vechta einen enormen Anstieg der Verschuldung gemeinsam.

Hier spiegeln sich zum einen gestiegene Anforderungen der Gesellschaft wider, meiner Meinung nach aber auch politische Fehlentscheidungen der Vergangenheit.

Der enorme Anstieg der Verschuldung ist für mich ein weiteres Indiz dafür, dass die Industrienationen allgemein und auch wir im Landkreis Vechta und in der Gemeinde Visbek schon lange über unsere Verhältnisse leben. Die „fetten Jahre“, wie vom CDU-Kreisvorsitzenden angenommen, hat es bei einer ehrlichen Bilanz unter Einbeziehung aller Kosten gar nicht gegeben.

Durch Klimakrise und Umweltkrise wird immer deutlicher, dass Umweltkosten generell zu wenig berücksichtigt und eingepreist werden. Die Corona-Pandemie zeigt zusätzlich die Schwächen und Risiken einer globalisierten Wirtschaft, die gerade auch im Landkreis Vechta und in Visbek stark vertreten ist.

Ein Umbau der konventionellen Landwirtschaft zu einer zukunftsfähigen Landwirtschaft ist unausweichlich und wird nach meiner Überzeugung auch gegen alle Widerstände der Bauernverbände umgesetzt. Die Landwirtschaft im Landkreis Vechta und auch in Visbek ist dabei durch den hohen Anteil der Intensivtierhaltung und Fleischproduktion in unserer Region besonders betroffen.

Die EU-Staats- und Regierungschefs haben sich aktuell auf ein strengeres Klimaziel für die kommenden zehn Jahre geeinigt. Bis 2030 sollen mindestens 55 Prozent weniger Treibhausgase ausgestoßen werden als 1990.

Dieses Ziel kann für Deutschland nur erreicht werden, wenn alle Landkreise und Kommunen mitmachen. Auch für den Landkreis Vechta und die Gemeinde Visbek wird es keine Ausnahmen geben. Ein Wachstum wie bislang für die Haushaltspläne der kommenden Jahre geplant, ist nach meiner Überzeugung so gar nicht mehr möglich.

Zum einen haben wir in Visbek also eine hohe Neuverschuldung, auf der anderen Seite ein höheres Risiko durch wegfallende Einnahmen und höhere Kosten für die Bewältigung der drei Krisen.

Unsere Bürgerinnen und Bürger müssen dieses Geld erwirtschaften und über ihre Steuerbeiträge aufbringen. Sie erwarten daher von uns Kommunalpolitikern meiner Meinung nach eher die Vorgehensweise einer sparsamen schwäbischen Hausfrau als die eines risikobereiten internationalen Wirtschaftsmanagers.

- Kosten des Wachstums

Der Haushaltsplan 2021 macht mit den geplanten Investitionen in Schulen, Kindergärten und Sportstätten deutlich, dass Bevölkerungswachstum auch mit erheblichen Kostensteigerungen durch bauliche Maßnahmen verbunden ist. Dies zieht wiederum höhere Unterhaltungskosten mit sich. Aber auch die Verwaltungskosten steigen damit immer weiter an.

In Visbek ist die Bevölkerung seit 2011 um ca. 600 Einwohner gestiegen, gleichzeitig sind die Schulden pro Einwohner von 24,- € auf 766,- € gestiegen und werden auch noch weiter steigen.

Das Ziel, unsere Einzelhändler über eine größere Bevölkerungszahl zu stärken wurde nicht erreicht. Besonders schmerzlich hingegen sind die Verluste an Natur sowie Beeinträchtigungen am Landschafts- und Ortsbild, die seit 2011 durch politische Entscheidungen stattgefunden haben.

Wichtig zu wissen ist, dass der größere Anteil des Bevölkerungswachstums im Landkreis Vechta und Visbek nicht durch den Geburtenüberschuss entstanden ist, sondern durch Zuzüge aus anderen Regionen Deutschlands, aus Nachbarlandkreisen aber auch sehr stark aus Osteuropa. Letztere bringen zusätzlich erhöhte Kosten durch notwendige Integrationsmaßnahmen mit sich.

Meiner Meinung nach muss Kommunalpolitik diese Aspekte stärker berücksichtigen und durchaus vorhandene Steuerungsmöglichkeiten besser nutzen. Gesamtwirtschaftlich ist für Niedersachsen eine Überfrachtung bestimmter Landkreise beim gleichzeitigen Ausbluten anderer Landkreise nicht sinnvoll.

Ökologisch gesehen ist dies für mich sogar eine Katastrophe, da in den BOOM Regionen Natur- und Umweltaspekte in der Regel besonders stark vernachlässigt werden

Die Einpendler-Offensive der Gemeinde Visbek und die Entwicklung des Gewerbegebiets „Wildeshäuser Straße“ machen meiner Meinung deutlich, dass die bisherige politische Agenda auch im Haushaltsplan 2021 fortgeschrieben wird.

Grundsätzlich halte ich eine Entwicklung von Wohnbauflächen in Visbek für richtig, allerdings sollte dies wesentlich maßvoller und respektvoller gegenüber Natur, Umwelt und Landschaft geschehen. Als konkreter Vorschlag bedeutet dies, die Flächen im Westen Visbeks weiterzuentwickeln.

Eine Fortschreibung der Entwicklung von Wohnbauflächen nach Verfügbarkeit wie jetzt zum Beispiel im Ortsteil Heide an der Goldenstedter Straße im Haushaltsplan dargestellt, treibt die Zerstörung des dörflichen Charakters Visbeks weiter voran.

Volle Bewerberliste, auf die immer wieder verwiesen wird, sind keine ausreichende Begründung. Nicht jede Wunschliste kann und muss unverzüglich erfüllt werden. Zudem ist klar, dass die Bewerberlisten bei der jetzigen politischen Ausrichtung in Visbek auch immer voll bleiben werden.

Obwohl gerade die Schönheit des Ortsteils Heide schon sehr unter den bisherigen Entwicklungen gelitten hat, soll hier massiv weitere Baulandentwicklung stattfinden. Allein dies wäre für mich schon Grund genug dem Haushaltsplan 2021 nicht zuzustimmen.

Josef Diersen
Ratsherr der Gemeinde Visbek
15.12.2020